

Im Winter wird verhandelt

UNO überredete Afghanistans Kriegsparteien zu einem neuen Verhandlungsversuch

von Jan Heller

Am 9. November begann in Kabul der neueste Anlauf, den seit 22 Jahren währenden Krieg in Afghanistan auf friedlichem Wege zu beenden. Zunächst auf indirektem Wege: Kofi Annans persönlicher Repräsentant für Afghanistan, der 60-jährige spanische Jura-Professor Francesc Vendrell, sprach an diesem Tag in der afghanischen Hauptstadt Kabul zunächst mit Taliban-Chefunterhändler Mulla Amir Khan Mutaqi, bevor er in die tajikische Hauptstadt Duschanbe zu einem Treffen mit dem Außenminister ihrer Gegner von der 'Vereinigten Front' (VF), Dr. Abdullah (sic), zusammen traf. Gegenstand beider Gespräche war eine Agenda für die Verhandlungen, zu denen sich die Koranschüler-Miliz und ihre Gegner von der VF unter Militärchef Ahmad Shah Masud und Präsident Burhanuddin Rabbani Ende Oktober gegenüber den Vereinten Nationen schriftlich verpflichtet hatten. Nach über zwei Jahren reden die beiden afghanischen Kriegsparteien damit wieder miteinander. Über ein entsprechendes Abkommen, das er nach wochenlangen Gesprächen mit beiden Seiten Ende Oktober erzielte, hatte Vendrell Anfang November zuerst in New York den UN-Sicherheitsrat informiert.

Mit diesem Abkommen hat der spanische Vermittler, der Ende 1999 ernannt wurde und seine Mission im Februar diesen Jahres antrat, seinen ersten sichtbaren Erfolg zu verzeichnen. Darin verpflichteten sich beide afghanische Kriegsparteien, unter UN-Vermittlung "in einen Dialogprozeß einzutreten" und ihn "nicht einseitig" abzubrechen. Damit gibt es zum ersten Mal seit ihren Gesprächen in Aschchabad (Turkmenistan) 1998 wieder Verhandlungen zwischen ihnen.

Das Abkommen sieht sowohl die Möglichkeit indirekter wie direkter Gespräche vor. Noch im November oder Anfang Dezember wollen sich beide Seiten in Usbekistans Hauptstadt Taschkent zu indirekten Gesprächen mit Vendrell als pendelndem Vermittler treffen, um die Gesprächsagenda festzuklopfen. Von einem Waffenstillstand ist in dem Abkommen nicht die Rede, weil sowohl die Taliban als auch die VF weiter parallel eine militärische Option verfolgen. Die Zeiten sind lange vorbei, da die Devise galt, wer miteinander verhandelt, schießt wenigstens nicht aufeinander.

Besonders die Taliban sind seit ihren Geländegewinnen gegen Ende des Sommers in Nord-Afghanistan davon überzeugt, daß sie den Konflikt militärisch für sich entscheiden können. Aber auch ihre Gegner haben in jüngster Zeit, bisher erfolglos, mehrere Gegenoffensiven unternommen, mit anderen 'Warlords' einen neuen Militärarat gebildet und angekündigt, sie wollten "neue Fronten" gegen die Taliban eröffnen. So sind die Hoffnungen, daß die Gespräche diesmal erfolgreich sein werden, nicht sehr hoch.

Auch Unterhändler Vendrell legt Wert darauf, die Erwartungen an diesen Prozeß nicht allzu sehr steigen zu lassen. Ein Beobachter in Kabul meinte skeptisch, daß mit der Höhe des Schnees im gerade beginnenden afghanischen Winter traditionell die Kampfindensität nachlasse und die Gesprächsbereitschaft der kämp-

fenden Parteien zunehmen - und im Frühjahr aber genauso schnell wie der Schnee wieder schmelze. Mit anderen Worten: Beide afghanischen Kriegsparteien müssen also erst die Ernsthaftigkeit ihrer Dialogzusage noch praktisch beweisen.

Kommen neue Sanktionen?

Aber auch die Haltung des Sicherheitsrates zu den Taliban bestimmt über Wohl oder Wehe dieses erneuten Hoffnungsschimmers für Afghanistan. Dort hat sich eine - auf anderen Politikfeldern eher unübliche - Allianz zwischen den USA und Rußland gebildet. Beide drohen den Taliban mit weiteren Sanktionen, weil sie Washingtons Forderung nach Auslieferung des terrorismusverdächtigen, aus Saudi-Arabien stammenden Islamistenführers Osama bin Laden ablehnen - der eigentliche Anlaß für die im November 1999 verhängten Strafmaßnahmen -, während Moskau wegen der diplomatischen Anerkennung Tschetscheniens durch die Taliban extrem verärgert ist. Die Besuche der Präsidenten Bill Clinton und Wladimir Putin in Indien in diesem Jahr haben einen dritten starken Partner in dieses Zweckbündnis geholt.

Die Taliban hoffen nun, daß Vendrells positiver Bericht an den Sicherheitsrat vom 3. November, in dem er über das von ihm erzielte Abkommen informierte, weitere Sanktionen verhindern möge. Die vor einem Jahr verhängten Sanktionen untersagen es der staatlichen afghanischen Fluggesellschaft 'Ariana', ausländische Flughäfen anzufliegen und fordern alle UN-Mitgliedsstaaten auf, die Auslandsguthaben der Taliban einzufrieren und die Tätigkeit der staatlichen 'Afghanistan Bank' sowie Finanztransaktionen zugunsten der Taliban zu unterbinden. In der Diskussion sind nun ein Reiseverbot für Taliban-Offizielle (mit Ausnahme von Friedensverhandlungen), ein Verbot für ausländische Fluggesellschaften, Afghanistan anzufliegen (gerade hat als erste eine Privatgesellschaft aus Sharjah in den Vereinigten Arabischen Emiraten den Verkehr nach Kandahar aufgenommen) sowie ein Waffenembargo. Dem werden allerdings keine großen Chancen eingeräumt, weil die Internationale Gemeinschaft offensichtlich nicht bereit ist, Geld für ein weiteres kostspieliges Unterfangen dieser Art bereitzustellen. Zudem muß an der Kooperationsbereitschaft einiger Nachbarländer gezweifelt werden. Und auch die Taliban-Gegner von der VF lehnen es offiziell ab. Sie befürchten Nachteile dadurch, daß der kurze, von ihnen noch kontrollierte Grenzabschnitt zu Afghani-

stan, weitaus besser zu überwachen ist, als die 1.200 Kilometer lange Grenze zu Pakistan, die fast vollständig an Taliban-Gebiet stößt.

Eine kürzlich im Internet veröffentlichte UN-Vorstudie von 1998 über ein Waffenembargo stellt allerdings fest, daß mit relativ geringem Aufwand der Waffenzufluß zumindest erheblich verringert werden könnte. Was nun noch fehlt, ist der politische Wille eines oder mehrerer UN-Mitgliedsländer, diese Forderung im Weltsicherheitsrat einzubringen. Kritik an den bisherigen Sanktionen gibt es nicht nur in Afghanistan, sondern auch innerhalb des UN-Systems selbst. Einer Studie des 'UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs' (UNOCHA) in Afghanistan zu Folge haben sie "sowohl einen direkten wie einen indirekten negativen Einfluß" auf die afghanische Zivilbevölkerung (siehe 'Süd-asien', 5/00 im Meldungsteil Afghanistan).

Taliban wittern diplomatischen Durchbruch

Nicht nur militärisch, auch diplomatisch fühlen sich die Taliban derzeit im Aufwind. Im September triumphierten die Taliban-Zeitungen in Kabul, als drei Tage lang eine hochrangige Delegation des Außenministeriums des Islamischen Emirats Afghanistan, wie die Miliz ihnen nur von drei Ländern (Pakistan, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) anerkannten Staat nennen, in Paris Gespräche am Quay d'Orsay führte; "auf offizielle Einladung" Frankreichs, wie das Kabuler Blatt 'Hewad' (Vaterland) in einem Leitartikel nicht zu erwähnen vergaß. Und das, nachdem das Taliban-Regime als Zeichen seiner politischen Ächtung gerade als einziges weltweit weder zum Millennium-Gipfel der UNO noch zu den Olympischen Spielen in Sydney eingeladen war. Was mit Taliban-Vizeaußenminister Maulawi Abdurrahman Zahed, einem Geistlichen und gleichzeitig Kommandeur einer eigenständigen Kampftruppe an der innerafghanischen Front, wirklich besprochen wurde, ist unklar.

Die Taliban sind jedoch der Ansicht, daß Paris dabei sei, seine bisherige Afghanistan-Politik zu ändern. Frankreich habe "viel Geld auf Masud gesetzt" - den militärischen Führer der Taliban-Gegner, deren Regierung weiterhin von der UNO anerkannt wird, auch wenn sie nur noch weniger als zehn Prozent des Landes kontrolliert -, heißt es in dem bereits zitierten Leitartikel. Diese Investition habe sich aber nicht ausgezahlt. Nun habe Paris Kontakt zu Taliban-Vertretern hergestellt, um deren

Regime "bei Bedarf" auch offiziell anerkennen zu können. 'Hewad', das wie alle Zeitungen in Afghanistan nur schreiben darf, was ein Taliban-Überwachergremium in der Redaktion absegnet, fordert die anderen westlichen Staaten auf, Frankreichs Beispiel zu folgen und das Islamische Emirat "als Fakt zu registrieren". Auch wenn die Schlußfolgerungen der Taliban-Presse voreilig sind und die französische Seite, die sich offiziell zu dem Thema bedeckt hielt, nicht hochrangig mit Zahed verhandelte, bescherte Paris den Taliban mit seiner grundsätzlichen und öffentlichen Gesprächsbereitschaft einen wichtigen Durchbruch an der diplomatischen Front. Frankreich war bisher für seine einseitige Unterstützung von VF-Militärchef Masud bekannt, einem merkwürdigen Detail seiner Frankophonie-Politik: Der Kommandant besuchte einst die französische Vorseizeschule 'Isteqlal' in Kabul. Noch vor wenigen Monaten hatte der vom Balkan bekannte Ex-General Morillon als Europa-Abgeordneter Masud in seiner Hochburg im Panjshir-Tal aufgesucht. Der Empfang in Paris blieb zudem kein einmaliges Ereignis. Ende November besuchte der italienische Vizeaußenminister Ugo Intini, ein früherer Craxi-Sozialist, Kabul und sorgte für Verwirrung. Zum einen verkündete er einen neuen italienischen Friedensplan, ohne das vorher mit der UNO abgestimmt zu haben. Zudem erklärte er die Initiative des in Rom lebenden früheren afghanischen Königs, Muhammad Zaher Shah, eine 'Loya Jirga' (eine traditionelle Versammlung von Notabeln) zur Lösung der nationalen Krise einzuberufen, für aussichtslos - zur Freude der Taliban, die diese Idee ebenfalls ablehnen.

Rom sah sich jedoch anschließend genötigt, diese Äußerungen Intinis zu dementieren; ein Zeichen dafür, daß er sich möglicherweise nicht einmal im eigenen Ministerium abgestimmt hatte. Anfang November tauchte der Kronprinz des Golfemirats Qatar in der Taliban-Hauptstadt zur Jagd auf. Dies ist zwar kein Einzelfall, aber sein Land übernahm im November die Präsidentschaft in der 'Organisation Islamische Konferenz' (OIC). Für die nähere Zukunft hat sich zudem eine Delegation aus Indonesien, dem bevölkerungsreichsten Land der Islamischen Welt, in Kabul angesagt. "Um sich die Situation dort aus der Nähe anzusehen", wie Indonesiens Botschafter in Islamabad dieser Tage erklärte.

Auch Washington hat immerhin nicht alle Brücken zu den Taliban abgebrochen. Washington hat Zahed sogar ein Visum erteilt, als dieser von Paris aus nach New York weiterreiste, um dort am Rande der UN-Vollversammlung für

sein Regime zu werben. Anschließend hielt er sich noch für etliche Tage in den USA zu Gesprächen auf. Wie sehr die Taliban ihre Erfolge genießen, zeigt ihr verschärfter Ton gegenüber der UNO und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen. Sie sollen mit einem neuen Arbeitsstatut unter Kuratel gestellt werden, unter anderem was das Taliban-Arbeitsverbot für Frauen betrifft. Bei Zuwiderhandlung drohen Strafen "auf der Grundlage der Scharia", des islamischen Rechts.

Einer persönlichen Friedensbotschafterin Kofi Annans, die das Land Mitte November besuchte, hielt ein Vertreter des Kabuler Außenministeriums sogar vor, der UN-Generalsekretär sei wegen der vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen persönlich für den "Mord" an afghanischen Kindern verantwortlich. Die französischen und italienischen Vorstöße leiten also weiteres Wasser auf die Mühlen der Taliban und untergraben nicht zuletzt Friedensbemühungen der UNO, die eine gemeinsame Haltung der Staatengemeinschaft voraussetzen.

Propaganda-Krieg...

Befürchtungen, daß beide Seiten die Verhandlungen für eine Verschärfung der gegenseitigen Propaganda nutzen könnten, haben sich schneller bestätigt, als erwartet. Bereits vor den ersten Treffen Vendrells mit beiden Seiten gab der VF-Unterhändler eine tief pessimistische Voraussage ab und beschuldigte die Taliban, nicht ernsthaft verhandeln zu wollen. "Mr. Vendrell klingt optimistisch, aber wir sehen keine Gründe dafür", sagte VF-Außenminister Dr. Abdullah der Nachrichtenagentur AFP. Der neue Taliban-Botschafter in Islamabad, Maulawi Abdus Salam Zaif, konterte mit neuen Vorbedingungen. "Wir sind bereit, die Opposition in zivilen Angelegenheiten zu akzeptieren", sagte er Anfang November in einem Interview mit der im pakistanischen Peshawar erscheinenden 'Frontier Post'. "Aber wenn die UNO darauf besteht, daß sie auch einen Anteil an den militärischen Strukturen erhält, dann ist das für uns nicht akzeptabel. Das würde den Krieg im Lande wieder aufleben lassen", so der Diplomat. Als Begründung wiederholte er die Auffassung, daß die Taliban im Land die "Stabilität" wieder hergestellt hätten, die nicht wieder bedroht werden dürfe. In Bezug auf einen Gefangenaustausch sagte Zaif, daß die Taliban dazu nach wie vor bereit seien, aber die andere Seite damit "immer politische Forderungen" verknüpfte. Der stellvertretende Informationsminister der Taliban, Maulawi Abdurrahman Ahmad Hotak, meinte, das Abkommen über die Gesprächsbe-

reitschaft sei "nichts Neues". "Wir wollten schon immer ersthafte Gespräche".

Auch auf die UNO schossen sich die Taliban ein. In zahlreichen Leitartikeln ihrer Presse beschuldigten sie die Organisation, in Afghanistan nicht neutral zu sein. Besonderen Ärger rief die Tatsache hervor, daß die UNO erneut den Sitz für Afghanistan an die Taliban-Gegner von der VF vergab. Außenminister Mulla Wakil Ahmad Mutawakkil beschuldigte die UNO in einem Brief an Kofi Annan, damit den Krieg weiter anzufachen. Allerdings übersehen die Taliban in ihrem Ärger, daß das Akkreditierungskomitee der UNO die Entscheidung ohne Abstimmung fällte. Kein Land - auch nicht ihr Hauptverbündeter Pakistan - hatte in diesem Jahr einen Antrag auf Zulassung der Taliban oder eine Sitzvakanz gestellt.

...und heißer Krieg

Unterdessen wird in Nordafghanistan weiter geschossen, allerdings ohne daß eine der Seiten bedeutsame Geländegewinne erzielen konnte. An den Fronten nahe der tajikischen Grenze sowie östlich von Taloqan, der letzten "Hauptstadt" der VF, herrscht ein militärisches Patt; gleiches gilt für die Schimali-Ebene, rund 30 bis 40 Kilometer nördlich von Kabul. Die VF versucht, ihre Truppen zu verstärken, da die Taliban ihr Hinterland im Gegensatz zu früheren Jahren inzwischen besser gesichert haben. Damit fällt der VF die beabsichtigte Gegenoffensive mit dem Ziel, Taloqan zurückzuerobern, sehr schwer. Kämpfe geringeren Ausmaßes finden auch in den VF-"Inseln" inmitten des Taliban-Gebietes statt: im Dara-ye Suf im Süden der Provinz Samangan und bei Balkhab in der Provinz Sar-e Pul. Im Südosten der Provinz Herat und in den angrenzenden Gebieten von Ghor hält sich eine "unabhängige Guerilla" unter Führung eines gewissen Dr. Ibrahim gegen die Taliban. In den letzten Wochen haben die Taliban erfolglos Offensiven gegen diese Gebiete gestartet und die Zugangsstraßen in die betreffenden Regionen gesperrt, teilweise auch vermint. Das ist eine Verletzung ihrer bisherigen offiziellen Politik, die den Einsatz von Landminen explizit ablehnte.